



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

02/2020

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

Migrationsrelevante Informationen Sahelzone – Teil II	4
Zahlen, Daten und Fakten zu unbegleiteten Minderjährigen 2019	6
Jamaika – aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung	7
„EASY“ – Alles einfach?	8

Aktuelle Rechtsfragen

Aus der Rechtsprechung	8
------------------------	---

Was sonst?Literatur

Informationszentrum Asyl und Migration weist hin auf...	12
---	----

Impressum

Migrationsrelevante Informationen Sahelzone – Teil II

Mauretanien

1. Allgemeine politische Lage

Die politische Lage ist derzeit noch von der letzten Präsidentschaftswahl im Jahr 2019 gekennzeichnet. Am 22. Juni 2019 löste der Regierungskandidat Mohamed Ould Ghazouani (Union pour la République, UPR) den langjährigen Amtsinhaber, Abdel Aziz (seit 2009), ab. Er setzte sich bereits im ersten Wahldurchgang mit 52 Prozent der Stimmen gegen fünf weitere Kandidaten durch. Das Wahlergebnis wurde von oppositionellen Kandidaten zunächst angezweifelt, jedoch am 01. Juli 2019 vom Verfassungsrat bestätigt. Damit kam es trotz der Proteste am 01. August 2019 erstmals zu einer friedlichen Regierungsübergabe nach formal freien Wahlen im Land. Pressebeobachter gehen davon aus, dass Ghazouani den auf sicherheitspolitische Stabilität ausgerichteten Kurs seines Vorgängers fortführen wird. Überraschende Reformen werden nicht erwartet, da der neue Präsident den Ruf hat, politisch dezent im Hintergrund zu agieren.

2. Sicherheitslage

In Mauretanien bestehen wie in der gesamten Sahel-Region erhebliche Anschlag- und Entführungsrisiken, besonders an Orten, an denen regelmäßig westliche Staatsangehörige verkehren und bei Sport- und Kulturveranstaltungen, wie Wüsten-Rallies oder Musikfestivals. Vergeltungsmaßnahmen, die sich auch gegen ausländische Interessen richten können, sind in der gesamten Region zu befürchten (Auswärtiges Amt). Seitens des Auswärtigen Amtes besteht eine Teilreisewarnung (Gebiete der Sahara, ihrer Randbereiche und der Sahelzone sowie die Grenzgebiete zu Algerien und Mali). Seit mehr als zehn Jahren kommt es immer wieder zu Entführungen von Ausländern, insbesondere im Norden und Osten des Landes. Diverse terroristische Gruppierungen wie die Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI) operieren grenzübergreifend. Der Bischof

von Nouakchott, der seit 24 Jahren in Mauretanien tätig ist, äußerte seine Bedenken in Bezug auf die Verbreitung islamistischer Strömungen. In einem Interview im November 2019 sagte er, dass salafistische Strömungen und der Einfluss des von Saudi-Arabien unterstützten wahhabitischen Islam das Zusammenleben von Christen und Muslimen bedrohe und auch die Existenz des traditionellen, von spirituellen Bruderschaften geprägten Islam gefährde.

3. Menschenrechtslage

Die Menschenrechtslage in Mauretanien hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. Zahlreiche Vorschriften zum Schutz der Menschenrechte sind in der Verfassung und der nationalen Gesetzgebung verankert. Sie werden jedoch nicht konsequent angewendet. Dies betrifft insbesondere die Rechte der schwarzafrikanischen Bevölkerung (Ausgrenzung, Sklaverei), von Frauen (Weibliche Genitalbeschneidung, Zwangsverheiratung) und Homosexuellen. Hinzu kommen die mangelnde Umsetzung gesetzlicher Schutzmechanismen im Polizei- und Justizbereich (Korruption) sowie die schlechten Haftbedingungen. Auch im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit kommt es weiterhin zu starken Einschränkungen, vor allem von Menschenrechts- und Anti-Sklaverei-Aktivist:innen, Bloggern und sonstigen Oppositionellen sowie Gewerkschaftern. Besondere mediale Aufmerksamkeit erhielt der Fall eines jungen Bloggers, der im Dezember 2014 wegen angeblicher Blasphemie zunächst zum Tode verurteilt worden war. Er schrieb zuvor auf Facebook über eine Art Kasten-System in der mauretanischen Gesellschaft, das fälschlicherweise immer wieder mit religiösen Begründungen gerechtfertigt werde. Nach zahlreichen Protesten von Nichtregierungsorganisationen und einem langwierigen Berufungsverfahren wurde die Strafe schließlich in eine zweijährige Haftstrafe umgewandelt. Nach Verbüßung der Strafe wurde er jedoch unter Hausarrest gestellt, da er laut dem damaligen Präsidenten die Sicherheit und Stabilität im Lande gefährde. Zudem wurden im März 2019 zwei weitere Blogger verhaftet, nachdem sie auf Facebook Kommentare gegen die Korruption gepostet hatten. Hintergrund war ein Artikel, in denen einige mauretanische Regierungsvertreter beschuldigt wurden, rechtswidrig Vermögen angehäuft und ins Ausland verbracht zu haben. Beide Männer kamen schließlich im Juni 2019 gegen

Kaution frei.

Amnesty International berichtete während der zweiten Amtszeit des Präsidenten Abdel Aziz (2014-2019) von insgesamt 44 Schließungen/Verboten von Menschenrechtsorganisationen und 174 Festnahmen von Menschenrechtsaktivisten, von denen 17 der Folter zum Opfer fielen. Die Haftbedingungen in mauretanischen Gefängnissen sind unzureichend. Neben einer harschen Behandlung durch die Wärter mangelt es an Lebensmitteln, medizinischer Versorgung und sauberen sanitären Anlagen. Das größte Problem stellen aber die überfüllten Gefängniszellen dar. Insbesondere im Gefängnis von Nouakchott ist die Lage prekär: Dort wird die Kapazitätsgrenze von 350 Plätzen um mehr als das Doppelte überschritten (866). Obwohl die Sklaverei in Mauretanien seit 1980 offiziell verboten ist und seit 2007 strafrechtlich verfolgt werden kann, ist diese lange Tradition noch tief in der Bevölkerung verwurzelt. Insbesondere davon betroffen sind die Nachfahren der ehemaligen Sklaven (Haratin), die Negro-Mauretanier. Lokale Nichtregierungsorganisationen gehen davon aus, dass in Mauretanien etwa 600.000 Menschen unter Sklaverei ähnlichen Bedingungen leben. Der Global Slavery Index 2018 listet Mauretanien auf Rang sechs von insgesamt 167 Staaten. Damit ist der Anteil der „modernen Sklaven“ an der Gesamtbevölkerung der höchste der Welt. Der UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte kommt in seinem Bericht 2017 zu dem Schluss, dass die Regierung bei der Bekämpfung der Armut in den vergangenen Jahren zwar Fortschritte erzielt habe, aber weite Teile der Bevölkerung noch immer in Armut und ohne ausreichenden Zugang zu Nahrung, Bildung, Trinkwasser, Sanitärversorgung und Gesundheitsfürsorge lebe. Diese betreffe insbesondere die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten.

Anke Eckardt, 62F

Tschad

Tschadische Truppen engagieren sich bei der Bekämpfung der Terrororganisation Boko Haram, deren Anführer dafür Vergeltungsschläge gegen tschadische Ziele angedroht und verübt haben. Die Anschläge und Drohungen von Boko Haram und die Sicherheitsoperationen der tschadischen Armee führten dazu, dass tausende Menschen in

andere Landesteile fliehen mussten. Die prekäre Sicherheitslage verschlimmerte die Ernährungssituation der Menschen. Aufgrund der schlechten Haushaltslage des Landes und der Notwendigkeit, Maßnahmen zur Ausgabenkürzung zu ergreifen, ist die sozio-politische Lage angespannt. Allgemeine soziale Unruhen, Demonstrationen sowie Ausschreitungen vor allem in der Hauptstadt N'Djamena sind nicht auszuschließen. Gerade die überwiegend von der Subsistenzwirtschaft lebende ländliche Bevölkerung leidet unter den Folgen des Klimawandels und zunehmender Desertifikation. Konflikte zwischen nomadischen Viehzüchtern und Ackerbauern um die begrenzten Ressourcen Land und Wasser gehören zur Tagesordnung. Rechtswidrige und willkürliche Verhaftungen, unwürdige Haftbedingungen, Folter und Formen von grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung sind an der Tagesordnung. Professionell betriebener Drogen- und Menschen schmuggel, gepaart mit dem Aufkommen islamistischer Terrorbewegungen und der innerafrikanische Flüchtlingsstrom führen zu einer weiteren Bedrohung der Sicherheit des Landes.

Die Grenzübergänge zwischen Tschad und Kamerun sowie das gemeinsame Grenzgebiet werden stark kontrolliert. Dasselbe gilt im Grenzgebiet zum Niger. Zufahrtswege nach Nigeria sind aufgrund der Terrorbedrohung durch Boko Haram im Tschadseegebiet geschlossen. Die Grenze zur Zentralafrikanischen Republik sowie Sudan sind in den Regionen Quaddai und Sila aufgrund eines am 20. August 2019 verhängten Ausnahmezustandes geschlossen. Die Grenze zu Libyen ist wegen anhaltender Konflikte im Grenzgebiet ebenfalls geschlossen. Seit dem 20. August 2019 gilt der Ausnahmezustand in der Region Tibesti. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes (AA) „Reise- und Sicherheitshinweise“ (Stand 07. Januar 2020) wird vor Reisen in die Region des Tschadsees, in das Grenzgebiet zu Kamerun, zur Zentralafrikanischen Republik sowie zu Libyen gewarnt. Vor Reisen in alle anderen Regionen einschließlich der Hauptstadt N'Djamena, insbesondere der Gebiete der Sahara, ihrer Randgebiete und der Sahelzone wird dringend abgeraten. Die Außenpolitik des Tschad mit Präsident Déby an der Spitze und Mahamat Zene Cherif als Außenminister wird zunehmend regional bedeutsamer. Bis Ende 2017 hatte das Land die Präsidentschaft der G5-Sahel inne und Ende Januar 2017 wurde Moussa Faki Mahamat von den Staatshäuptern der Afrikanischen

Union zum neuen Kommissionsvorsitzenden gewählt. Das politische Gewicht und der Einfluss des Landes sind durch diese Ämter in der Region weiter deutlich gestiegen. Mit der Beteiligung des Tschad an der Antiterroroperation Barkhane und der Bekämpfung von Boko Haram über die Staatsgrenzen hinaus, wird das Land in der Sahelregion trotz der repressiven Politik Débys als Garant für Stabilität und Sicherheit gehandelt.

Pia Dietrich-Rieß, 62F

Zahlen, Daten und Fakten zu unbegleiteten Minderjährigen 2019

Entwicklung des Zugangs von Asylern

Seit 2016 verzeichnen die Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen (UM) einen stetigen Rückgang. Auch im Jahr 2019 sank die Anzahl der Erstantragsteller um ein Drittel gegenüber dem Vorjahr, sodass lediglich zwei Prozent aller Asylersanträge von UM stammten. Etwa drei Viertel aller Antragstellenden sind dabei männlich und zwischen 16 und 17 Jahre alt. Die beiden größten Gruppen der UM stellen mit jeweils rund einem Fünftel weiterhin die Herkunftsländer Afghanistan und Guinea dar, gefolgt von Syrien. Von den insgesamt 2.689 Asylersanträgen der Gruppe UM entfielen rund ein Viertel auf Nordrhein-Westfalen. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Bayern und Niedersachsen mit 16 beziehungsweise zehn Prozent.

Entwicklung der Gesamtschutzquote

Die Gesamtschutzquote für Asylanträge von UM lag im Jahr 2019 bei 47 Prozent und sank damit gegenüber dem Vorjahr um zwölf Prozent. Die mit Abstand höchsten Schutzquoten verzeichnen mit jeweils 90 beziehungsweise 80 Prozent die Herkunftsländer Syrien und Eritrea. Die beiden zahlenmäßig größten Herkunftsländer Afghanistan

und Guinea weisen hingegen eine Schutzquote von 56 beziehungsweise 29 Prozent aus. Mit großem Abstand bildet die Türkei mit einer Schutzquote von 4 Prozent das Schlusslicht unter den Top Ten Herkunftsländern. Der Rückgang der Schutzquote hängt hauptsächlich mit der hohen Zahl der Entscheidungen zu unbegleiteten Minderjährigen aus Guinea zusammen. Die Gesamtschutzquote von UM näherte sich im Jahr 2019 weiterhin der Schutzquote von allen Asylersanträgen an. Während im Jahr 2015 die Schutzquote von UM bei 90 Prozent gegenüber 52 Prozent aller Asylersanträge lag, stellte das Jahr 2019 mit einer Schutzquote von 47 Prozent für UM und 43 Prozent für alle Asylersanträge eine spürbare Annäherung dar.

Inobhutnahmen der Jugendämter

Für die Inobhutnahmen durch die Jugendämter liegen für 2019 zwar noch keine abschließenden Zahlen vor, jedoch lässt sich der Trend aus der Statistik für das Jahr 2018 erkennen. Demnach führten die Jugendämter rund 12.200 vorläufige Maßnahmen zum Schutz von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen durch. Das entspricht einem Rückgang von etwa 46 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In über 2.100 Fällen wurde eine Schutzmaßnahme nach unbegleiteter Einreise aus dem Ausland aufgrund einer behördlichen Altersfeststellung (§ 42f SGB VIII) hingegen abgelehnt.

Vermisstenfälle im Überblick

Auch bei den Vermisstenfällen lag im Jahr 2018 ein deutlicher Rückgang vor. Während von 2015 auf 2016 die Anzahl der Vermissten UM von 8.170 auf 9.754 stieg, sank die Anzahl im Jahr 2017 auf 6.205 und schließlich auf 3.961 Fälle im Jahr 2018. Die Aufklärungsquote lag im Jahr 2018 – ähnlich wie in den zuvor genannten Jahren – bei rund 90 Prozent. Aufgrund verschiedener Problematiken, wie beispielsweise der Mehrfacherfassungen, bedingt durch unterschiedliche Schreibweisen eines Namens, fehlende Personalpapiere oder fehlende erkennungsdienstliche Behandlungen ergeben sich Ungenauigkeiten bei der Erhebung. Die angegebenen Zahlen können daher lediglich als Annäherung dienen.

Die Redaktion

Jamaika – aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung

Eine hohe Anzahl der Antragstellenden aus Jamaika tragen Probleme wegen ihrer Zugehörigkeit zu der Lesben-, Schwulen und Transgendergemeinschaft (LGBT) vor. Da die Kriminalitätsrate und Gewaltbereitschaft im Land allgemein sehr hoch ist, sollte in der Anhörung darauf geachtet werden, inwiefern die Gefahr im Heimatland zielgerichtet wegen der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität droht. Die vorgetragenen Verfolgungshandlungen gehen ausschließlich von privaten Dritten aus, deshalb ist auch zu prüfen, ob staatliche oder quasistaatliche Akteure willens und in der Lage sind, effektiven Schutz zu gewähren.

Die Rechtsprechung in Deutschland hat sich in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren gewandelt. Während noch im Jahr 2016 homosexuelle Antragstellende wegen fehlender landesweiter Verfolgung und möglichem staatlichen Schutz durch die Polizei abgelehnt wurden, wird derzeit ein möglicher staatlicher Schutz kritisch bewertet.¹ Nach einer Einschätzung des Auswärtigen Amtes vom 19. Juli 2018 müssten Menschen in Jamaika wegen ihrer sexuellen Orientierung immer wieder mit Belästigungen und Gewalttaten rechnen. Die tiefreligiöse konservative jamaikanische Zivilgesellschaft sei gegenüber sexuellen Minderheiten negativ bis feindlich eingestellt. Homosexuelle Handlungen sind in Jamaika strafbewehrt. Unter Strafe gestellt sind im Rahmen des „Offences against the Person Act“ analer Geschlechtsverkehr („Buggery“, Artikel 76), welcher mit Gefängnisstrafe und schwerer Arbeit bis zu zehn Jahren bedroht ist, und Handlungen von grober Anstößigkeit unter Männern („Acts of Gross Indecency“, Artikel 79).² Lediglich fünf Prozent der jamaikanischen Bevölkerung unterstützen die Streichung des Buggery Law. Nichtstaatliche Gewalt

gegen Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung sei regelmäßig festzustellen. Staatliche Kräfte verfolgten zwar diese Straftaten, unternahmen aber nicht zum Schutz der Betroffenen.³ Mit Urteil vom 15. August 2018 entschied das Verwaltungsgericht Kassel,⁴ dass die vorverfolgt ausgeweiste homosexuelle Klägerin keinen staatlichen Schutz habe in Anspruch nehmen können. Zwar sei Homosexualität in Jamaika nicht illegal und die jamaikanische Regierung habe einige Bemühungen unternommen, um für größeres Verständnis der Belange der LGBT zu werben, allerdings sei die Rückkehrprognose im konkreten Falle schlecht, da die Klägerin vor Ausreise bereits mehrfach innerhalb Jamaikas umgezogen sei und immer wieder asylrelevanten Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt gewesen sei. Auch hätten innerstaatliche Fluchtalternativen nicht zur Verfügung gestanden. Zuvor hatten noch Gerichtsentscheidungen auf die interne Schutzmöglichkeiten für Homosexuelle in Jamaika verwiesen und gingen davon aus, dass vor allem im Bereich der Nordküste des Landes, bei touristischen Hotels, für Personen der LGBT-Gemeinschaft keine Gefahr bestehe.⁵ In der Anhörung ist daher zu prüfen, ob eine glaubhafte Vorverfolgung stattfand und ob die Antragstellenden vergeblich versuchten, internen Schutz in Anspruch zu nehmen. Auch das VG Gießen hat in seiner Entscheidung vom 2. März 2018⁶ einem homosexuellen Kläger Verfolgung durch nicht-staatliche Akteure und fehlenden internen Schutz zugesprochen. Das Gericht betont in diesem Zusammenhang, dass der interne Schutz vor Verfolgung wirksam und nicht nur von vorübergehender Art sein müsse. Zwar kümmere sich die Polizei in Jamaika um Strafanzeigen von Mitgliedern der LGBT-Gemeinde, allerdings mangle es hinsichtlich der Strafverfolgung an Effizienz.⁷ Darüber hinaus gebe es ernstzunehmende Berichte, dass die Polizei in Jamaika in Teilen homophob sei. Dies sei glaubhaft vor dem Hintergrund, dass die Abneigung gegen LGBT jedenfalls in der jamaikanischen Unterschicht tief verwurzelt sei. Vor dem Hintergrund der neuen Entwicklung in der Rechtsprechung ist es für

¹ Vgl. VG Kassel, Urteil v. 15.08.2018 – 1 K 6747/17.KS.A.; VG Gießen, Urteil v. 02.03.2018 – 2 K 4928/17.GI.A.

² Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck u. a. zur Lage der Homosexuellen auf Jamaika vom 08.07.2008, BT-Drucks. 16/99953, S. 2; Auswärtige Amt, Auskunft an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vom 9.07.2015; Anfrage AA VG Frankfurt – 5 K 1034/18F. A und Antwort AA v. 03.08.2018, MILO.

³ Vgl. Anfrage AA VG Frankfurt – 5 K 1034/18F. A und Antwort AA v. 03.08.2018, MILO.

⁴ VG Kassel, Urteil vom 15.08.2018 – 1 K 6747/17.KS.A <7268712>, MILO.

⁵ Vgl. VG Kassel, Urteil vom 21.07.2016 – 1 K 7/16.KS.A und Urteil vom 26.04.2018 – 1 K 4813/17.KS.A.

⁶ VG Gießen, Urteil vom 02.03.2018 – 2 K 4928/17.GI.A. <6964547>, MILO.

⁷ VG Gießen, Urteil vom 02.03.2018 – 2 K 4928/17.GI.A. <6964547>, MILO, S. 10.

die Anhörung besonders wichtig, Zeitpunkte und Intensität einer möglichen Vorverfolgung zu erfragen. Darüber hinaus sollten die Antragstellenden darüber Auskunft geben, ob und inwieweit sie polizeilichen Schutz in Anspruch nehmen konnten und ob sie versucht haben, intern in einem anderen Landesteil Schutz zu finden.

Tanja Radermacher, 53I

„EASY“ – Alles einfach?

Was bedeutet „EASY“?

Die Erstverteilung Asylsuchender (=EASY) ist ein System, das seit dem 01. April 1993 die Verteilung von Asylsuchenden anhand von festgelegten Aufnahmequoten gemäß § 45 AsylG auf die Bundesländer regelt. Die Aufnahmequoten werden jährlich, entsprechend des Königsteiner Schlüssels, angepasst.

Zielsetzung des EASY-Systems?

Die Asylsuchenden sollen gleichmäßig auf die Erstaufnahmeeinrichtungen und gerecht auf die Bundesländer verteilt werden. Daneben ist eines der wichtigsten Ziele die Reduzierung der Reisewege und damit eine Verringerung der Reisekosten sowie ein baldmöglichster Asylverfahrensbeginn.

Welche Kriterien werden berücksichtigt?

Neben den Aufnahmequoten nach dem Königsteiner Schlüssel wird bei der Verteilentscheidung, die vollständig anonymisiert erfolgt, auch die tatsächliche Aufnahmeverpflichtung des jeweiligen Bundeslandes sowie die Zuständigkeiten der Herkunftsländer berücksichtigt. Die Verteilung und damit die Zuständigkeit geht entweder an die registrierende Aufnahmeeinrichtung über oder an die nächstgelegene Aufnahmeeinrichtung, die alle diese Kriterien erfüllt.

Welche Anpassungen wurden vorgenommen?

Der Verteilalgorithmus wurde um ein zusätzliches Kriterium im Bereich der Aufnahmeverpflichtung erweitert. Das System unterscheidet jetzt zwischen aufnehmenden und abgebenden Bundesländern, das heißt zwischen Bundesländern, in denen sich mehr Asylsuchende melden, als diese nach dem Königsteiner Schlüssel aufnehmen müssten (zum Beispiel Bremen oder Hamburg), oder eben weniger (zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt). Außerdem wurde an dieser Stelle auch noch die Möglichkeit geschaffen, einen Puffer je Bundesland zu definieren, um kurzfristige Schwankungen bei den Zugängen abfedern zu können.

Welche Auswirkungen können bisher beobachtet werden?

Vor der Umstellung haben schwankende Zugangszahlen in den Aufnahmeeinrichtungen dazu geführt, dass unnötig viele Asylsuchende länderübergreifend verteilt wurden. Seit der Implementierung der Änderungen konnte die Reisetätigkeit etwa um die Hälfte reduziert werden.

Tobias Haberl und Magdalena Spangler, 62B

Rechtsprechung

EGMR: Zulässigkeit unmittelbarer Zurückschiebungen nach irregulärem Grenzübertritt

Die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hat mit Urteil vom 13. Februar 2020 (Beschwerden Nr. 8675/15 und 8697/15) in der Rechtssache „N.D. und N.T. gegen Spanien“ die vorangehende Kammerentscheidung revidiert und einstimmig entschieden, dass Spanien

durch die unmittelbar nach Grenzübertritt erfolgte Zurückschiebung (sogenannte Push-Back) von Asylsuchenden, die in der Enklave Melilla illegal das spanische Hoheitsgebiet betreten haben, nicht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen hat.

Zugrunde lagen die Beschwerden zweier Drittstaatsangehöriger, die im August 2014 versucht hatten, unbefugt in die spanische Enklave Melilla zu gelangen. In einer Gruppe von etwa 75 Migranten war es Ihnen mit wenigen anderen gelungen, auch den inneren Grenzzaun zu überwinden. Allerdings wurden die Beschwerdeführer von dort umgehend auf marokkanisches Gebiet zurückgebracht. Soweit ein Verstoß gegen Art. 3 EMRK geltend gemacht war, hatte bereits die Kammer mit Entscheidung vom 07. Juli 2015 die Beschwerde als unzulässig eingestuft. Mit seinem Urteil stellt die Große Kammer des EGMR fest, dass die Zurückschiebung nach Marokko weder gegen das Verbot der Kollektivausweisung (Art. 4 des Protokolls 4 zur EMRK) verstoßen noch das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf (Art. 13 EMRK in Verbindung mit Art. 4 des Protokolls 4 zur EMRK) verletzt habe. Die Beschwerdeführer hätten die Möglichkeit gehabt, legal auf das spanische Hoheitsgebiet zu gelangen, wenn sie den Weg über das offizielle Einreiseverfahren beschritten hätten. Namentlich hätten sie am Grenzübergang Beni Enzar oder in der nächstgelegenen Botschaft in Nador internationalen Schutz beziehungsweise ein Visum beantragen und anschließend gegebenenfalls gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen können. Aber auch bereits zuvor hätten sie die Möglichkeit gehabt, in ihrem Herkunftsland oder in einem Transitland internationalen Schutz bei der Republik Spanien zu beantragen.

Obwohl somit ein tatsächlicher und effektiver Zugang zu einer legalen Einreise eröffnet gewesen sei, hätten die Beschwerdeführer gewaltsam und im Rahmen einer großen Gruppe von Asylsuchenden das spanische Hoheitsgebiet betreten. Das unmittelbare Zurückschieben ohne individuelle Behandlung und gerichtliche Überprüfung ihrer Schutzbegehren sei somit eine Folge des allein ihnen zurechenbaren Verhaltens. Da auch kein zwingender Grund dafür vorgelegen habe, das offizielle Einreiseverfahren nicht einzuhalten, läge weder eine verbotene Kollektivausweisung (Art. 4 des Protokolls 4 zur EMRK) noch eine Verletzung des Rechts auf eine wirksame

Beschwerde (Art. 13 EMRK in Verbindung mit Art. 4 des Protokolls 4 zur EMRK) vor.

Die Konventionsstaaten könnten ihre Verpflichtungen – namentlich die aus Art. 3 EMRK (Folterverbot und Verbot der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung) – in wirksamer Weise bereits an den Außengrenzen oder in ihren konsularischen oder diplomatischen Vertretungen gewährleisten. Insofern könnten sie Asylsuchende zurückschieben, wenn sie im Rahmen eines offiziellen Einreiseverfahrens einen tatsächlichen und effektiven Zugang zu einer legalen Einreise eröffnet hätten und kein zwingender Grund zu dessen Nichtbeschreitung vorläge. Art. 4 des Protokolls 4 zur EMRK gewährleiste keine allgemeine Pflicht der Konventionsstaaten zur Aufnahme von Personen in ihrem Hoheitsgebiet. Es begründe auch keine Verantwortlichkeit Spaniens unter der EMRK, wenn marokkanische Kräfte den Zugang verhinderten. Spanien unterliege aus der EMRK keiner Pflicht, dafür zu sorgen, dass Schutzsuchende es bis an die Grenzübergangsstelle schafften.

Das spanische Recht sehe die Möglichkeit eines Rechtsmittels gegen Rückführungsentscheidungen an der Grenze vor, wobei es dem jeweiligen Antragsteller obliege, sich an die Regeln für die Einreichung zu halten. Die Beschwerdeführer hätten sich bewusst in eine rechtswidrige Situation gebracht, indem sie absichtlich versucht hätten, illegal durch Überqueren der Grenzschutzanlagen von Melilla nach Spanien einzureisen. Da sie damit gegen die einschlägigen Bestimmungen des Schengener Grenzkodex für das Überschreiten der Außengrenzen des Schengen-Raums verstoßen hätten, könne Spanien nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass es vor Ort keinen Rechtsbehelf gegen die Rückschiebung zur Verfügung stelle. Unmittelbare Relevanz für die aktuelle Verfahrenspraxis des Bundesamtes könnte die Entscheidung des EGMR vom 13. Februar 2020 allein im Rahmen des Flughafenverfahrens haben. Denn Deutschland verfügt anderweitig über keine EU-Außengrenzen. Bei einer illegalen Einreise aus einem Dublin-III-Staat bleibt der nach überwiegender Auffassung geltende Anwendungsvorrang der Dublin-III-Verordnung zu beachten, wonach die Prüfung der Asylverfahrenszuständigkeit dem Mitgliedstaat überantwortet ist, in dem sich der Antragsteller aktuell aufhält. Die Entscheidung könnte aber für die Neuausrich-

tung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) bedeutsame Gesichtspunkte aufzeigen. Soweit die beabsichtigte Neuausrichtung des GEAS eine zwingende Vorprüfung an den Außengrenzen vorsieht, könnte das für die über die EU-Außengrenzen kommenden Migranten bedeuten, dass sie sich auf eine – zum Beispiel in Asylzentren – eröffnete Möglichkeit zur Antragstellung verweisen lassen müssen, soweit hier ein effektiver Zugang angeboten wird.

Martin W. Köhler, RL 61D

BVerfG: Asylfolgeantrag – weiteres Verfahren erforderlich bei Möglichkeit einer günstigeren Entscheidung

Der Fall:

Nach erfolgloser Durchführung eines ersten Asylverfahrens berief sich ein zwischenzeitlich volljährig gewordener pakistanischer Staatsangehöriger darauf, er habe Ende September oder Anfang Oktober 2018 festgestellt, dass er homosexuell sei. Anfang April 2019 stellte er deshalb einen Asylfolgeantrag. Diesen lehnte das Bundesamt ab, weil bereits die Frist gemäß § 51 Abs. 3 VwVfG nicht gewahrt worden sei. Das Verwaltungsgericht versagte einstweiligen Rechtsschutz. Es könne dahingestellt bleiben, ob die Homosexualität des Beschwerdeführers glaubhaft sei und ob die Frist des § 51 Abs. 3 VwVfG aus Rechts- oder Tatsachengründen nicht greife. Denn jedenfalls sei wegen der Homosexualität keine günstigere Entscheidung möglich.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die so begründete Gerichtsentscheidung wegen Verstoßes gegen das Gebot effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 GG) aufgehoben (BVerfG, Beschluss vom 04.12.2019 - 2 BvR 1600/19 <7796315>, MiLo).

Wesentliche Erwägungen:

Bei der fachgerichtlichen Entscheidung kam es

allein auf Ebene der Zulässigkeitsprüfung des Folgeantrags auf den Aspekt der geltend gemachten Sachlagenänderung an. Denn das Verwaltungsgericht ließ die Erfüllung aller formellen Voraussetzungen für ein Folgeverfahren, insbesondere die nach § 51 Abs. 3 VwVfG nötige Fristwahrung sowie den Aspekt einer tatsächlich persönlichkeitsprägenden Homosexualität offen. Zur Frage, ob ein Folgeantrag gemäß § 71 AsylG wegen einer nachträglichen Änderung der Sach- oder Rechtslage zugunsten des Betroffenen zulässig ist, weist das BVerfG neuerlich darauf hin, dass es genüge, wenn der Asylbewerber eine Änderung der allgemeinen politischen Verhältnisse oder Lebensbedingungen im Heimatstaat oder der sein persönliches Schicksal bestimmenden Umstände im Verhältnis zu der Sachlage, die der früheren Asylentscheidung zugrunde gelegt war, glaubhaft und substantiiert vortrage. Es genüge schon die Möglichkeit einer günstigeren Entscheidung aufgrund der geltend gemachten Wiederaufgreifensgründe.¹

Für die Zulässigkeit nicht von Bedeutung sei, ob der neue Vortrag im Hinblick auf das glaubhafte persönliche Schicksal des Antragstellers sowie unter Berücksichtigung der allgemeinen Verhältnisse im angeblichen Verfolgerland tatsächlich zutrefte, die Verfolgungsfurcht begründet erscheinen lasse und die Annahme einer relevanten Verfolgung rechtfertige. Diese Prüfung habe im Rahmen eines neuen, mit den Verfahrensgarantien des Asylgesetzes ausgestatteten materiellen Anerkennungsverfahrens zu erfolgen. Lediglich wenn das Vorbringen des Antragstellers zwar glaubhaft und substantiiert, jedoch von vornherein nach jeder vertretbaren Betrachtungsweise ungeeignet sei, zur Asylberechtigung beziehungsweise zur Zuerkennung internationalen Schutzes zu verhelfen, dürfe der Folgeantrag als unzulässig abgelehnt beziehungsweise die Unzulässigkeitsentscheidung gerichtlich bestätigt werden. Bei der in Rede stehenden Konstellation sei das Folgeantragsvorbringen gerade nicht von vornherein nach jeder vertretbaren Betrachtungsweise ungeeignet zur Asylberechtigung beziehungsweise zur Zuerkennung internationalen Schutzes zu verhelfen. Die Frage, ob homosexuellen Männern in Pakistan staatliche oder nichtstaatliche Verfolgung drohe, sei

¹ Vgl. auch BVerfG, B. v. 13.03.1993 - 2 BvR 1988/92 - Rn.23, v. 11.05.1993 - 2 BvR 2245/92 - Rn. 22 und v. 03.03.2000 - 2 BvR 39/98 - Rn. 32; Dickten, in: Kluth/Heusch, BeckOK Ausländerrecht, 23. Edition, Stand 01.08.2019, § 71 AsylG Rn. 18).

weder höchstrichterlich geklärt noch werde sie in der Rechtsprechung einheitlich beurteilt.² Seien die formellen Voraussetzungen gemäß § 51 Abs. 1 bis 3 VwVfG erfüllt, müsse die Klärung, ob die – unstrittig existierende – staatliche und nichtstaatliche Verfolgung und Diskriminierung von Homosexuellen in Pakistan eine hinreichende Verfolgungsdichte erreiche, um die Regelvermutung eigener Verfolgung zu rechtfertigen, im wiederaufzunehmenden Asylverfahren stattfinden.

Eine Bestätigung der Unzulässigkeit des Asylfolgeantrags im gerichtlichen Eilverfahren bringe im Übrigen für den Beschwerdeführer erhebliche verfahrensrechtliche Nachteile mit sich (Entbehrlichkeit einer persönlichen Anhörung gemäß § 71 Abs. 3 Satz 3 AsylG; Vollziehbarkeit der Abschiebung ab der Unzulässigkeitsentscheidung bzw. deren gerichtlicher Bestätigung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gemäß § 74 Abs. 4, 5 AsylG). Auch dieser Umstand stehe einer weitgehenden Verlagerung der Bewertung einer unklaren Tatsachenlage in die Entscheidung über die Frage, ob ein Folgeverfahren durchzuführen sei, entgegen.

Wolfgang Heindel, 61D

² Bejahung von Verfolgung: VG Trier, Urt. v. 23.11.2017 - 2 K 9945/16.TR -, juris; VG Freiburg, Urt. v. 05.10.2017 - A 6 K 4389/16 -, S. 14; VG Hannover, Urt. v. 14.11.2018 - 11 A 5244/17 -, juris; VG Berlin; Urt. v. 28.06.2018 - VG 6 K 1614.16.A -, S. 14; VG Potsdam, Urt. v. 21.03.2017 - VG 11 K 250/15.A -, S.15; VG Gelsenkirchen, Urt. v. 14.10.2016 - 2a K 5150/16.A -, juris; VG Augsburg, Urt. v. 31.10.2014 - Au 3 K 14.3022 -, juris; Verneinung von Verfolgung: VG München, Urt. v. 18.10.2018 - M 10 K 17.30550 -, juris; VG Oldenburg, Urt. v. 20.03.2017 - 5 A 3921/15 -, MIlO; VG Cottbus, Urt. v. 02.08.2018 - 4 K 726/18.A -, juris.

in Ungarn subsidiären Schutz erhielt. Die im Kontext des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geltende Vermutung, dass die Behandlung von Personen, die internationalen Schutz beantragen, in jedem einzelnen Mitgliedsstaat in Einklang mit den Erfordernissen der Charta, der Genfer Konvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) steht, komme insbesondere bei der Anwendung des Art. 33 Abs. 2 Buchstabe a der Richtlinie 2013/32/EU (Verfahrensrichtlinie) zum Ausdruck. Dem Gericht liegen keine objektiven Erkenntnisse vor, dass infolge von Gleichgültigkeit der ungarischen Behörden eine vollständig von öffentlicher Unterstützung abhängige Person sich unabhängig von ihrem Willen in einer Situation extremer materieller Not befände, die es ihr nicht möglich machen würden, ihre elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen. Auch individuelle Erlebnisse hätten nur in begrenztem Umfang Erkenntniswert und führten keinesfalls zu einer Beweislastumkehr.

Rückkehrer nach Ungarn hätten insbesondere die Möglichkeit, extreme Not durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit abzuwenden. Anerkannten Flüchtlingen stehen die gleichen Sozialleistungen zu wie ungarischen Staatsangehörigen. Die Versorgung im Krankheitsfall sei gesichert und Rückkehrer erhielten zudem staatliche Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie durch Nichtregierungsorganisationen (VG Cottbus, Urteil vom 09.01.2020 - 5 K 1960/18.A <7583172>, MIlO).

Georg Meyer, 61E

Unzulässigkeit von Asylanträgen von in Ungarn anerkannt Schutzberechtigten

VG Cottbus: Das Verwaltungsgericht Cottbus hatte darüber zu entscheiden, ob international Schutzberechtigten in Ungarn ein Verstoß gegen Art. 3 EMRK / 4 GrCH droht. Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Cottbus ist der Asylantrag nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG unzulässig, da der Kläger

Ermessensausübung bei der Befristung des Einreise- und Aufenthaltsverbots

VG Berlin: Das Verwaltungsgericht Berlin hat den Bescheid des Bundesamtes hinsichtlich der Befristung des Einreise- und Aufenthaltsverbotes aufgehoben und die Klage im Übrigen abgewiesen. Es vertritt die Auffassung, dass das Bundesamt in seinen Ermessenserwägungen sämtliche persönliche,

wirtschaftliche und sonstige Bindungen zu berücksichtigen habe (VG Berlin, Urteil vom 19.07.2019 - VG 31 K 81.17 A <5689115>, MILO).

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat die Berufung des Bundesamtes gegen diese Entscheidung des VG Berlin zugelassen (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 10.01.2020 - OVG 3 N 284.19 <5689115>, MILO).

Im anhängigen Berufungsverfahren wird das Oberverwaltungsgericht nunmehr darüber zu befinden haben, ob im Rahmen der Ermessensausübung über die Befristung des Einreise- und Aufenthaltsverbots nach § 11 Abs. 1 AufenthG sämtliche persönlichen, wirtschaftlichen und sonstigen Bindungen des Ausländers im Bundesgebiet oder nur solche Belange zu berücksichtigen sind, die die Beendigung des Aufenthalts überdauern und Bedeutung für eine möglichst baldige Wiedereinreise haben.

Die zu klärende Rechtsfrage betrifft insbesondere die Berücksichtigung von Integrationsleistungen jeglicher Art (Sprachkenntnisse, begonnene Ausbildung et cetera). Folgte man der Auffassung des VG Berlin, könnten Antragstellende im Rahmen der mündlichen Verhandlung stets (weitere) Integrationsfortschritte geltend machen. Es ist höchst fraglich, dass dies vom Gesetzgeber intendiert war.

Die Entscheidungspraxis des Bundesamtes bleibt unberührt.

Georg Meyer, 61E

Winfried Kluth, Vorschlag zur Einrichtung einer Fachstelle zur Klärung von Gefahrenlagen in Herkunfts- und Drittstaaten im Asylrecht und Ausländerrecht beim Bundesverwaltungsgericht, ZAR 12/2019, 426ff.

Demnächst lesen Sie:

- Aus der Anhörung
- Aus der Rechtsprechung
- EU-Partnerbehörden

Veröffentlichungen anderer

Bundestag

- Durchschnittliche Visa-Wartezeiten in den deutschen Auslandsvertretungen, BT-Drs. 19/17044

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

02/2020

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechstdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de) <https://milo.bamf.de> .
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

